



Bundesministerium
der Justiz und
für Verbraucherschutz

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, 11015 Berlin

An das
Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Dr. Diether Dehm
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Christian Lange MdB

Parlamentarischer Staatssekretär
beim Bundesminister der Justiz und
für Verbraucherschutz

HAUSANSCHRIFT Mohrenstraße 37, 10117 Berlin

TEL +49 (030)18 580-9010

FAX +49 (030)18 580-9048

E-MAIL pst-lange@bmjv.bund.de

23. Oktober 2017

Betr.: Ihre schriftliche Frage Nr. 10/105 vom 16. Oktober 2017

Sehr geehrter Herr Kollege,

Ihre o. a. Frage beantworte ich wie folgt:

Frage Nr. 10/105:

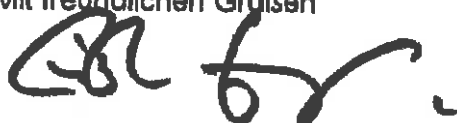
Mit welchem Ergebnis hat die Bundesregierung nach dem jüngsten Fall eines von der Bundesregierung zurückgenommenen Fahndungsersuchens nach Doğan Akhanlı ihren Austausch mit anderen Mitgliedstaaten der EU über mögliche Konsequenzen fortgesetzt, der „insbesondere den Umgang mit Fahndungsersuchen“ via Interpol thematisieren sollte (Bundestagsdrucksache 18/13652, Frage 21), und welche Lösungen für den Umgang mit aktuellen Fahndungs- und Rechtshilfeersuchen aus der Türkei wurden anknüpfend an ein bereits bestehendes Gesprächsformat bei einem „Expertentreffen in Brüssel“ beraten, zu dem das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz laut besagter Drucksache für Ende September 2017 eingeladen hatte?

Antwort:

Gegenstand des Expertentreffens vom 22. September 2017 war ein informeller und vertraulicher Austausch über rechtshilferechtliche Themen. Dabei haben die teilnehmenden Vertreter der EU-Mitgliedstaaten die rechtsstaatliche Problematik politisch motivierter türkischer Interpol-Fahndungsersuchen verdeutlicht und an der Initiative Deutschlands für eine Fortsetzung der Gespräche auf EU-Ebene erhebliches Interesse gezeigt. Der Wunsch nach einer engeren Abstimmung unter den EU-Mitgliedstaaten zum Umgang insbesondere mit Fahndungsersuchen aus der Türkei, aber auch von anderen Drittstaaten, wurde übereinstimmend zum Ausdruck gebracht.

Auf Bitte Deutschlands und Schwedens wurde zum Umgang mit Interpol-Fahndungen aus Drittstaaten auf hochrangiger Ebene unter den EU-Mitgliedstaaten eine Diskussion über die weitere Verbesserung bereits existierender Interpol-Schutzmechanismen angestoßen und die Europäische Kommission um Durchführung eines Workshops zu politisch motivierten Fahndungsersuchen gebeten.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, consisting of stylized, cursive letters and a long horizontal stroke extending to the right.